

Stichworte zur Energiewende (aus dem Regierungsprogramm 2013 – 2017 der SPD)

Investitionen in die Realwirtschaft fördern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal 3 Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.

Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (**z.B. im Bereich Energiewende**) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden. (Seite 30)

Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen.

Die *Energiewende* bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die *Energiewende* verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Unsere Ziele:

Die *Energiewende* ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar:

Wir wollen

- eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der *Energiewende*;
- die Bezahlbarkeit der *Energiewende* gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie erhalten;
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben, und bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;
- 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;
- eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;
- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;

- die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.

(Institutionelle Maßnahmen)

Wir wollen die Kompetenzen insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzausbau und Speicher in einem **Energieministerium** bündeln.

Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein „**Deutscher Energie-Rat**“ einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt.

Zur Umsetzung der *Energiewende* wollen wir einen **Bundestagsausschuss „Energie“** einrichten.

Es ist ein „**Masterplan Energiewende**“ aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der *Energiewende* aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.

Wir wollen eine grundlegende **Reform des EEG**, die den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

Wir werden eine **Clearingstelle** „Naturschutz und *Energiewende*“ einrichten. Als Anlaufstelle für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände soll sie die Interessen der Energiewende und des Naturschutzes in Einklang bringen.

(Seite 34ff)